

2021 Wahlprüfsteine BDK BW

Antworten der Partei
CDU Baden-Württemberg

1. Innere Sicherheit, Kriminalpolitik und Kriminalitätsbekämpfung

- 1.1. Welchen Stellenwert hat die Innere Sicherheit in Ihrer Parteiarbeit und wo siedeln Sie bei den anstehenden Landtagswahlen das Thema in einer Prioritätenliste der Themen an?
 - Die Innere Sicherheit ist für die CDU ein Kernanliegen. Dies war es in der 16. Legislatur, in der wir unter anderem mit den Änderungen des Polizeigesetzes und der Einstellungsoffensive zentrale Weichen für eine Verbesserung der Inneren Sicherheit und für eine Stärkung unserer Landespolizei gestellt haben. Diesen hohen Stellenwert wird die Innere Sicherheit für die CDU auch bei der Landtagswahl und in der nächsten Legislatur erhalten. Dies wird schon durch die umfangreichen Punkte in unserem Wahlprogramm deutlich.
- 1.2. Welche drei Themen im Bereich der Inneren Sicherheit sind für Sie in der kommenden Legislaturperiode am wichtigsten und welche konkreten Maßnahmen planen Sie in diesen Themen?
 - - Fortführung der Einstellungsoffensive: Wir werden die Einstellungsoffensive fortführen und einen Ausbildungs- und Einstellungskorridor von bis zu 1.400 neu auszubildenden Polizeibeamtinnen und -beamten jährlich etablieren. So werden dann bis 2030 über 3.000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen geschaffen und die Polizeidichte in Baden-Württemberg nachhaltig erhöht. Gleichzeitig stärken wir auch die unterstützenden Bereiche der Polizei – mit zusätzlich 250 Digital-Experten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten. - Deutliche Investitionen in die technische Ausstattung: Polizei 4.0 ist ein Ziel unseres Regierungsprogramms für die Landtagswahl. Dafür werden wir das Budget für den Technikeinsatz um 200 Mio. Euro deutlich erhöhen. Damit wollen wir den Einsatz von KI zum Beispiel bei der Datenauswertung und der intelligenten Videoüberwachung forcieren, den Einsatz moderner Fahndungsinstrumente wie bspw. automatische Kennzeichenlesesysteme, Dashcams und Drohnen voranbringen sowie die mobile IT im Streifenwagen und die Ausstattung mit Smartphones und Laptops verbessern. - Stärkung der Ermittlungsbehörden: o Rechtliche Rahmenbedingungen weiter verbessern: Moderne Ermittlungsarbeit muss stetig dem geänderten Vorgehen von Kriminellen angepasst werden. Darum wollen wir die Online-Durchsuchung ermöglichen und in begründeten Einzelfällen eine erweiterte DNA-Analyse zulassen. Darüber hinaus wollen wir unter anderem den Gewahrsam von Gefährdern ausweiten und die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einziehung von Vermögen aus kriminellen Geschäften verbessern. o Im Bereich der Internetkriminalität: Wir werden das LKA und das LfV für die Verfolgung von Straftaten im Internet und Dark Web stärken. Die bestehenden Ermittlungs- und Justizstrukturen werden wir zu einer gemeinsamen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität von Justiz und Polizei weiterentwickeln.
- 1.3. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Polizeistruktur im Allgemeinen und die Struktur der Kriminalpolizei im Besonderen? Halten Sie weitere Anpassungen für erforderlich?
 - Mit dem Polizeistrukturgesetz 2020 wurden viele Empfehlungen der Evaluation der Polizeireform umgesetzt. Als CDU wollen wir weiterhin eine vollumfängliche Umsetzung der Ergebnisse der Evaluation der Polizeistrukturereform erreichen.
- 1.4. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?
 - Die Vorratsdatenspeicherung ist aus Sicht der CDU ein wichtiges Mittel bei der Kriminalitätsverfolgung. Auch in unserem Regierungsprogramm stellen wir klar: Datenschutz darf kein Täterschutz sein! Deshalb setzen wir uns für eine Lösung zur Vorratsdatenspeicherung ein.

- 1.5. Wie steht Ihre Partei zur DNA-Erhebung als Standardmaßnahme von erkennungsdienstlichen Behandlungen?
 - Die DNA-Analyse kann wichtige Erkenntnisse in einem Ermittlungsverfahren bringen. Wenn verfassungsrechtlich durchsetzbar sollte die DNA-Erhebung eine Standardmaßnahme bei ED-Behandlungen sein.
- 1.6. Wie steht Ihre Partei zum Thema einer Studie innerhalb der Polizei bzw. des gesamten öffentlichen Dienstes zu den Bereichen extremistische Einstellungen und Rassismus?
 - Rassismus und Extremismus sind große gesellschaftliche Probleme, denen wir entschieden begegnen müssen. Eine Eingrenzung auf die Polizei wird dem nicht gerecht. Einer breit angelegten Studie stehen wir offen gegenüber. Gleichwohl werden wir Einzelfälle innerhalb der Polizei weiter konsequent verfolgen und ahnden.
- 1.7. Welche Gedanken gibt es in Ihrer Partei zur Weiterentwicklung (oder auch Korrektur) des bestehenden Polizeigesetzes Baden-Württemberg?
 - Eine Korrektur halten wir nicht für erforderlich. Eine Weiterentwicklung wollen wir wie oben beschrieben vornehmen und beispielsweise die Online-Durchsuchung ermöglichen.
- 1.8. Wie steht Ihre Partei zu einem einheitlichen Polizeigesetz in Bund und Ländern?
 - Die Zusammenarbeit der Länder ist für die Innere Sicherheit unabdingbar. Wichtig ist, dass eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung flächendeckend gelingt. Daher begrüßen wir den Beschluss der Innenministerkonferenz ein Musterpolizeigesetz zu erarbeiten. Ein einheitliches Polizeigesetz in Bund und Ländern muss mindestens den baden-württembergischen Standards entsprechen. Generell ist es aber wichtig, auch davon abweichen zu können, um neue Maßnahmen zuzulassen. Beispielhaft seien hier die Regelungen zur Nutzung der Bodycams genannt. Wir haben hier den weitgehenden und praxisgerechten Einsatz der Bodycams zugelassen. Ein Abwarten, bis sich ggf. 16 Bundesländer geeinigt hätten, wäre der wichtigen Sache zum Schutz der Beamtinnen und Beamte nicht gerecht gewesen.
- 1.9. Wie möchte Ihre Partei den Strafverfolgungsanspruch des Staates bei der Bekämpfung von Cybercrime durchsetzen?
 - Wir werden wie weiter oben dargestellt das LKA und das LfV für die Verfolgung von Straftaten im Internet und Dark Web stärken. Die bestehenden Ermittlungs- und Justizstrukturen werden wir zu einer gemeinsamen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität von Justiz und Polizei weiterentwickeln. Außerdem werden wir die Budgets für den Technikeinsatz um 200 Mio. Euro erhöhen, mit dem unter anderem Datenanalysen per KI unterstützt werden sollen sowie die bereits oben genannten Stellen insbesondere auch im Bereich des Nichtvollzugs schaffen.
- 1.10. Welche drei Initiativen wollen Sie auf Bundesebene im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung/Strafverfolgung möglichst schnell umgesetzt sehen?
 - - Ausweisung der sicheren Herkunftsstaaten mind. um Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien, u.a. um Straftäter aus diesen Ländern schneller abschieben zu können. - Um weitere klare Signale für den Schutz unserer Polizisten, Rettungskräfte, Feuerwehr und Katastrophenschutz zu setzen, wollen wir für tätliche Angriffe gegen Einsatzkräfte die Mindeststrafe auf sechs Monate Freiheitsstrafe anheben. Besonders schwere Fälle wie dem vorsätzlichen Angriff bei einem Hilfeinsatz sollen als Verbrechenstatbestand eingestuft werden. - Rechtliche Verbesserungen insb. im Bereich der Verbindungsdaten sowie der Vermögensabschöpfung bei OK-Delikten bzw. Clankriminalität.

2. Personal und Haushalt

- 2.1. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Haushaltsstellenstärke der Polizei (Vollzugsstellen und Nichtvollzugsstellen) und die aktuelle tatsächliche Personalbesetzung der Stellen – auch im bundesweiten Vergleich?
 - Baden-Württemberg weist im Bundesländervergleich die niedrigste Polizeidichte auf. In Baden-Württemberg kommen auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten 453 Einwohner, im Nachbarland Bayern zum Beispiel nur 384. Dass Baden-Württemberg trotzdem gemeinsam mit Bayern das sicherste Bundesland ist, ist das Verdienst unserer Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten im Polizeidienst. Dennoch ist dieser niedrige Personalbestand bei der Landespolizei auf Dauer nicht tragbar. Mit der Einstellungsoffensive haben wir den Anstoß zu einer Veränderung ausgeführt. Ziel war ein Personalaufbau von 1.500, davon 600 im Nichtvollzug, die bereits voll zur Verfügung stehen und 900 im Polizeivollzugsdienst, die nach Ende der Ausbildungszeit zur Verfügung stehen. Nachdem unter der grün-roten Vorgängerregierung die Ausbildungskapazitäten auf 800 reduziert worden waren, war dies ein echter, aber notwendiger Kraftakt. Das Ziel wird übererfüllt werden, wenn alle mittlerweile eingestellten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte fertig ausgebildet sind. Diesen Weg wollen wir weitergehen, mit einem Einstellungskorridor von bis zu 1.400 neu auszubildenden Beamtinnen und Beamten pro Jahr werden dann bis 2030 über 3.000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen geschaffen. Daneben werden wir die unterstützenden Bereiche bei der Polizei stärken und Stellen für 250 Digital-Experten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten schaffen.
- 2.2. Wie bewertet Ihre Partei die Personalentwicklung der Polizei in den letzten zehn Jahren – auch mit Blick auf einen Bundesvergleich und das Bevölkerungswachstum in Baden- Württemberg?
 - Die Bevölkerung in Baden-Württemberg wächst seit 2011 jährlich leicht an. Dies sollte sich im Personalbestand der Polizei spiegeln. Aufgrund der niedrigen Einstellungszahlen der grün-roten Vorgängerregierung hat es dies aber nicht. Auch im Bundesvergleich besteht wie oben beschrieben Aufholbedarf. Diesen möchte die CDU mit dem im Regierungsprogramm festgeschriebenen Einstellungskorridor von bis zu 1.400 Auszubildenden jährlich erfüllen.
- 2.3. Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Haushaltsstellen für die Polizei – getrennt nach Vollzug und Nichtvollzug?
 - Im Polizeivollzugsdienst werden wir durch den vorgeschlagenen Einstellungskorridor von 1.400 Auszubildenden jährlich eine personelle Stärkung erreichen. Nach erfolgreicher Ausbildung werden wir alle diese neu ausgebildeten jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Landesdienst übernehmen. So werden dann bis 2030 über 3.000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen geschaffen. Im Nichtvollzug wollen wir Stellen für 250 Digital-Experten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten schaffen. Gerade der Einsatz von Ermittlungsassistentinnen und -assistenten hat sich bewährt und wird nach Rückmeldungen aus der Polizei sehr positiv aufgenommen.
- 2.4. Ist Ihre Partei bereit, einen Ausbildungskorridor in den nächsten Jahren im Vollzugsbereich der Polizei zu unterstützen, der über den reinen Nachersatz hinausgeht? Wenn ja, gibt es dazu bereits konkrete Vorstellungen?
 - Die CDU will einen Personalaufbau erreichen. Deshalb beantworten wir diese Frage mit einem klaren Ja. Erreichen wollen wir dies mit dem Einstellungskorridor von bis zu 1.400 Auszubildenden jährlich. Dies ist deutlich mehr, als für einen 1:1-Ersatz durch die Pensionierungen notwendig wäre. Über die Legislatur gerechnet wären für einen 1:1-Ersatz ca. 750 – 800 Einstellungen pro Jahr notwendig. Nach erfolgreicher Ausbildung werden wir alle diese neu ausgebildeten jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Landesdienst übernehmen. So werden dann bis 2030 über 3.000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen geschaffen.

- 2.5. Wie bewerten Sie die aktuelle Ausstattung der Polizei mit Haushaltsmitteln und plant Ihre Partei Anpassungen – auch mit Blick auf die Auswirkungen von Corona?
 - Wir wollen die Polizei gut ausstatten. Dies war in den letzten fünf Jahren unser Anspruch und ist es auch weiterhin. In der nächsten Legislatur werden wir die Polizei finanziell deutlich stärken und das Budget für den Technikeinsatz um 200 Millionen Euro erhöhen.
- 2.6. Welche Änderungen plant Ihre Partei im Bereich der Besoldung und Versorgung in der kommenden Legislaturperiode?
 - Der Polizeiberuf ist ein attraktiver Beruf. Wir wollen ihn weiter attraktiv halten und ihn noch weiter verbessern. Dafür braucht es langfristige Perspektiven. Wir werden deshalb weitere Stellenhebungen vornehmen und damit den Aufstiegsstau in den gehobenen Dienst abbauen. Die Zulage für den lageorientierten Dienst werden wir zudem deutlich anheben. Außerdem werden wir auch die psychologische Betreuung und Unterstützung der mit belastenden Einsätzen sowie Ermittlungsverfahren betrauten Beschäftigten verbessern. Nicht zuletzt setzen wir uns für eine Freifahrtregelung für Angehörige der Kriminalpolizei ein, um die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr zu verbessern.
- 2.7. Wie steht Ihre Partei zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung von Tarifverhandlungen des TV-L, bei der voraussichtlichen Einigung im Jahr 2021?
 - Zur Attraktivität eines Berufsbilds trägt auch im öffentlichen Dienst die Bezahlung bei. Die CDU hat deshalb in der nun ablaufenden Legislatur unter anderem erreicht, dass die ungerechte Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig gemacht wird. Zudem wurde der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst inhaltsgleich übertragen. Wir werden auch in den kommenden Jahren einen fairen Ausgleich zwischen den haushaltspolitischen Notwendigkeiten und den berechtigten Erwartungen der Beamtenschaft sicherstellen. Corona bedingte Sonderopfer für die Beamten wird es mit der CDU in der Landesregierung nicht geben. Wir halten an der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung auch künftig fest.
- 2.8. Wie steht Ihre Partei zum Thema Bürgerversicherung mit Blick auf das bestehende Beihilfe- und Heilfürsorgesystem?
 - In der CDU-Landtagsfraktion arbeitet eine Arbeitsgruppe an Rahmenbedingungen für einen attraktiven öffentlichen Dienst. Das bestehende System hat sich in vielerlei Hinsicht bewährt. Deshalb lehnen wir die Bürgerversicherung ab. Über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Ausnahmefälle diskutieren wir. Dies auch um der Situation von Beamtinnen und Beamten mit Behinderung gerecht zu werden.
- 2.9. Wie steht Ihre Partei zur dauerhaften Rücknahme von Stellenwiederbesetzungssperren?
 - In dieser Legislatur haben wir uns für eine Abschaffung der Wiederbesetzungssperre im Nichtvollzug eingesetzt und dies auch in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Die Aussetzung der Stellenbesetzungssperre im Tarifbereich konnte in dieser Legislaturperiode zwar verlängert, aber nicht aufgehoben werden. Bei einer Regierungsbeteiligung werden wir nochmals auf eine dauerhafte Rücknahme der Stellenwiederbesetzungssperren drängen. Wir streben eine dauerhafte Aussetzung der Stellenbesetzungssperre ab dem Jahr 2022 an.
- 2.10. Wie steht Ihre Partei zum Thema der Wiedereinführung einer Kleidergeldzulage für die Kriminalpolizei – und wie stehen Sie zu einer Ausstattung mit Einsatzkleidung für die Kriminalpolizei für die Bewältigung von offenen Einsatzlagen?
 - Die Einsatzkleidung für offene Einsatzlagen ist vom Dienstherrn zu stellen. Wir werden die Ausstattung der Kriminalpolizei überprüfen und entsprechend nach dem Bedarf handeln.

3. Öffentliches Dienstrecht

- 3.1. Wie steht Ihre Partei zum Thema Lebensarbeitszeitkonto/Langzeitarbeitskonto?
 - Die CDU ist offen für Lebensarbeitszeitkonten nach dem hessischen Modell. Nach diesem wird für alle Beamtinnen und Beamte weiterhin die regelmäßige Wochenarbeitszeit bei 41 Stunden belassen und eine Arbeitsstunde pro Woche automatisch auf ein Sonderarbeitszeitkonto zur späteren Inanspruchnahme während oder nach der aktiven Dienstzeit gebucht. Die ist für uns der Schlüssel zum Ziel der Arbeitszeitsenkung.
- 3.2. Wie steht Ihre Partei zur aktuellen Wochenarbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten sowie der Tarifbeschäftigten – sind hier Änderungen geplant?
 - Die CDU setzt sich für einen attraktiven öffentlichen Dienst ein. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten gut und gerne ihrem Beruf nachgehen. Gerade bei der Polizei ist eine Reduzierung der Arbeitszeit beim derzeitigen Personalbestand aber faktisch kaum möglich. Deshalb halten wir die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten nach hessischem Vorbild für einen sinnvollen Weg.
- 3.3. Wie steht Ihre Partei zur allgemeinen Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst?
 - Eine allgemeine Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst ist von uns nicht geplant.
- 3.4. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen hinsichtlich einer Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes, wie es jüngst im Bund vorgenommen wurde?
 - Wir wollen die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erhalten und fördern. Darum haben wir in dieser Legislatur unter anderem die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen und Stellenhebungen vorgenommen. Auch künftig befassen wir uns mit verschiedenen Maßnahmen wie der Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos und weiteren Ideen. Dabei orientieren wir uns auch an Initiativen in anderen Bundesländern und im Bund.
- 3.5. Wie steht Ihre Partei zur Angleichung der Pensionsansprüche an die sog. „Mütterrente“, wie sie im Bund und in einigen Bundesländern bereits erfolgt ist?
 - Die CDU-Landtagsfraktion hat in dieser Legislatur angeregt, die Ungleichheiten beim Bezug der „Mütterrente“ zu prüfen und zu beheben. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein. Wir halten einen Kindererziehungszuschlag für Mütter und Väter mit vor dem Jahr 1992 geborenen Kindern im Versorgungsrecht des Landes Baden-Württemberg aus Gründen der Gleichbehandlung und als Zeichen der Wertschätzung für angemessen und sachgerecht. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für die systemkonforme und wirkungsgleiche Einführung einer versorgungsrechtlichen Anerkennung von zusätzlichen Kindererziehungszeiten bei diesen Eltern nach dem Vorbild der sog. Mütterrente entsprechend den Regelungen des Bundes und anderer Bundesländer uneingeschränkt ein.

- 3.6. Wie steht Ihre Partei zur Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage, wie sie beispielsweise in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt wurde?
 - Diese muss im Gesamtkontext der Leistungen geprüft werden. Es ist davon auszugehen, dass die verfügbaren Haushaltsmittel knapper werden. In diesem Fall haben andere Maßnahmen für die Polizei für uns Vorrang.
- 3.7. Halten Sie die Vergütung im Bereich Rufbereitschaft und Überstunden/Mehrarbeit sowie die Zulagen für Lageorientierten Dienst in der Polizei derzeit für angemessen?
 - Die Zulage für den lageorientierten Dienst in Baden-Württemberg wird den Anforderungen an die Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten nicht mehr gerecht. Für den Haushalt 2020/2021 wurde CDU-seits Verbesserungen bei der Zulage für den lageorientierten Dienst mittels Beantragung von 8,5 Mio. Euro durch das CDU-geführte Innenministerium angestrengt. Nachdem die Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt 2020/2021 mit dem Koalitionspartner nicht realisierbar war, konnte das Vorhaben leider nicht umgesetzt werden. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode für das Ziel einer deutlichen Erhöhung des LoD einsetzen. Die Mehrarbeitsvergütung muss attraktiv und der Tätigkeit angemessen sein. Problematisch erscheint hierbei, dass keine isolierte Veränderung nur für die Polizei vorgenommen werden kann. Insgesamt müssen die Entscheidungen hierzu unter Berücksichtigung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten bewertet werden.
- 3.8. Gedenken Sie die Versorgungslücke, die für geschiedenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aufgrund der besonderen Altersgrenze (60.-62. Lebensjahr) seit 2009 besteht, zu schließen?
 - Wir werden eine faire Bezahlung im öffentlichen Dienst sicherstellen und Lücken im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten prüfen.
- 3.9. Bei der jüngsten Änderung des Landesbesoldungsgesetzes wurde eine Zulage für kommissarisch tätige Revierleiter/innen beschlossen, das hat zu einer großen Gerechtigkeitsdiskussion in der Kripo geführt. Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Korrektur?
 - Es war beabsichtigt, auch für KI-Leiter/innen die entsprechende Zulage einzuführen. Dies war aber mit dem grün geführten Finanzministerium in keiner Weise zu realisieren. Deshalb erfolgte nun der Beschluss der Zulage für die Revierleiter/innen. Bei der nächsten Novellierung der entsprechenden Rechtsvorschriften werden wir wieder versuchen, diese Zulage auch für KI-Leiter/innen umzusetzen.
- 3.10. Wie steht Ihre Partei zu einer Altersteilzeitregelung im öffentlichen Dienst für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht schwerbehindert sind.
 - Wie oben beschrieben werden wir uns damit befassen, älteren Arbeitnehmern und Beamten gerecht zu werden. Für Menschen, die leistungsfähig sind und arbeiten möchten, sind Lösungen für eine Beschäftigung zu finden. Dabei sind Altersteilzeitregelungen eine Möglichkeit.

4. Kriminalpolizei

- 4.1. Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen im Bereich der Arbeit der Kriminalpolizei in Baden-Württemberg?
 - - Digitalisierung und Nutzung der Möglichkeiten des Einsatzes von KI in der Polizeiarbeit: Die Nutzung von KI zum Beispiel bei der Datenanalyse ist eine wichtige Entwicklung, die wir aufgreifen wollen. Bereits in der laufenden Legislatur wurden 6,5 Mio. Euro aus der Vermögensabschöpfung dem LKA für den KI-Einsatz zur Verfügung gestellt. Daran wollen wir anknüpfen und die Vermögensabschöpfung weiter verbessern. Zudem wollen wir die Technik-Budgets der Polizei deutlich erhöhen. - Verbesserung der personellen Situation der Kriminalpolizei, insbesondere im Hinblick auf den immensen Wissensverlust durch die Pensionierungen: Wir wollen die Personalgewinnung weiter in den Blick nehmen. Mit der Ausbildungsoffensive, der Einführung des verwendungsbasierten Studiums sowie des Quereinstiegs als Cyber- oder Wirtschaftskriminalist wurden einige Möglichkeiten geschaffen. Diese wollen wir fortführen. Dazu trägt der vorgeschlagene Ausbildungs- und Einstellungskorridor bei sowie die Einstellung von zusätzlich 250 Digital-Experten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten. Dazu kommt die Y-Ausbildung an unserer Hochschule - Bekämpfung der Cyberkriminalität: Zur Bekämpfung der Kriminalität im Internet und im Dark Web wollen wir das Landeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz konsequent stärken. Zur besseren Verfolgung von internettypischen Straftaten wie Hackerangriffen, bandenmäßigem Betrug bei Fake Shops, Identitätsdiebstahl oder überbordender Hasskriminalität in sozialen Netzwerken wollen wir zudem die bestehenden Ermittlungs- und Justizstrukturen zu einer gemeinsamen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität von Justiz und Polizei weiterentwickeln.
- 4.2. Wie bewerten Sie die eingerichteten Sonderlaufbahnen Wirtschaftskriminalist und Cyberkriminalist? Planen Sie hier Anpassungen oder Weiterentwicklungen?
 - Die Sonderlaufbahnen Wirtschafts- und Cyberkriminalist sind wichtige Elemente der Kriminalpolizei, die wir, mit der Einführung des verwendungsbasierten Studiums gestärkt haben. Wir werden die Sonderlaufbahnen auch weiterhin als attraktive Karrierewege in der Landespolizei fördern. Unter anderem sehen wir Stellenhebungen vor, um den Aufstiegsstau im gehobenen Dienst abzubauen. Die allgemeine Maßnahme wird auch in der Kriminalpolizei und den Sonderlaufbahnen zum Tragen kommen.
- 4.3. Welche Anforderungen stellt Ihre Partei an eine qualifizierte Aus- und Fortbildung von zukünftigen Kriminalistinnen und Kriminalisten und wie wollen Sie diese gewährleisten?
 - Das Aus- und Fortbildungssystem der Polizei muss höchsten Ansprüchen genügen und sich auf der Höhe der Zeit weiterentwickeln. Dies betrifft umso mehr dynamische Kriminalitätsfelder wie die Cyberkriminalität. Daher werden wir die Aus- und Fortbildung kontinuierlich prüfen und verbessern. Für die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg werden wir ein spezielles Digitalisierungsprogramm auflegen, um den Einsatz moderner Lehr- und Lernmethoden bei der Polizei zu forcieren.
- 4.4. Wie beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte in der (Kriminal-)Polizei zu schaffen?
 - Tarifbeschäftigte sind ein wichtiger Teil der Polizei des Landes. Wie den Beamtinnen und Beamten wollen wir auch den Tarifbeschäftigten ein attraktiver und verantwortungsvoller Arbeitgeber sein. Dies betrifft Karrierechancen, Bezahlung sowie beispielsweise Lebensarbeitszeitkonten. Wir setzen uns für eine dauerhafte Abschaffung der Wiederbesetzungssperre im Tarifbereich der Polizei ein.

- 4.5. Wie bewertet Ihre Partei die Einstellung von Ermittlungsassistentinnen und -assistenten?
 - Ermittlungsassistentinnen und -assistenten unterstützen die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei bei Recherche-, Analyse-, Untersuchungs- und Auswertungstätigkeiten. Die Arbeit von Ermittlungsassistentinnen und -assistenten leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Kriminalitätsbekämpfung in unserem Land. Ihren Einsatz wollen wir ausweiten. In unserem Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg haben wir daher einen Stellenaufbau von zusätzlich 250 Digital-Experten und 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten festgeschrieben.
- 4.6. Wie steht Ihre Partei zur Entwicklung eines eigenen Berufsbildes der Kriminalfachangestellten/des Kriminalfachangestellten?
 - Die Einführung des Tätigkeitsfelds Ermittlungsassistent hat sich wie beschrieben sehr gut bewährt. Die Unterstützung bei Recherche-, Analyse-, Untersuchungs- sowie Auswertungstätigkeiten kommt insbesondere bei aufwendigen Verfahren der Kriminalpolizei zum Tragen. Wir werden den Personalbestand an Ermittlungsassistentinnen und -assistenten sowie Digital-Experten, wie oben beschrieben um jeweils 250 aufbauen. Den Bedarf an weiteren Unterstützungsfeldern werden wir fortlaufend prüfen.
- 4.7. Wie bewertet Ihre Partei die Umsetzung der Dienstpostenbewertung in der Kriminalpolizei und gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarf?
 - Die Notwendigkeit für die Dienstpostenbewertung ergab sich ausschließlich durch verwaltungsgerichtliche Entscheidungen. Die Dienstpostenbewertung musste also durchgeführt werden. Es ist richtig, dass es einen Bewertungsüberhang von 20% gab. Jetzt gilt es, diesen Bewertungsüberhang sukzessive abzubauen, d.h. mehr höherwertige Stellen im Haushalt zu etatisieren.
- 4.8. Wie steht Ihre Partei zu einer Freifahrtregelung für die Kriminalpolizei in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie sie für die Schutzpolizei bereits eingeführt ist?
 - Die CDU will eine Freifahrtregelung für die Kriminalpolizei einführen und hat diese deshalb auch explizit im Wahlprogramm aufgenommen.
- 4.9. Welche Maßnahmen sehen Sie in Ihrer Partei, um die Attraktivität des Kriminaldienstes im Vergleich zur Schutzpolizei zu erhöhen? Halten Sie das überhaupt für erforderlich?
 - Die Kriminalpolizei bietet für die Beamtinnen und Beamten attraktive Karrierewege. Die Einführungsfortbildung Kriminalpolizei ist in der Regel gut ausgelastet. Mit der Einführung des verwendungsbasierten Studiums können sich angehende Polizeibeamtinnen und –beamte frühzeitig über die Karrierewege und die Arbeit der Kriminalpolizei informieren und spezialisieren. Wir werden diese Wege sowie den Quereinstieg als Wirtschafts- oder Cyberkriminalist weiter begleiten und die Tätigkeit in der Kriminalpolizei attraktiv halten.
- 4.10. Welche Lehren können wir aus Sicht Ihrer Partei für die Arbeitswelt der (Kriminal-)Polizei aus der Corona-Lage 2020 (und darüber hinaus) bereits ziehen? Welche personellen, technischen und organisatorischen Maßnahmen halten Sie für erforderlich?
 - Die Corona-Pandemie hat uns insbesondere gezeigt, dass wir im Bereich Digitalisierung und mobiles Arbeiten besser werden müssen. Daher wollen wir insbesondere die Ausstattung mit Smartphones und Laptops verbessern. Darüber hinaus hat sich auch gezeigt, dass die Landespolizei sich als Organisation schnell auf veränderte Rahmenbedingungen eingestellt hat und weiter effektiv arbeitet. Hierfür danken wir allen Beamtinnen und –beamten!